

JUGENDINTERESSEN NICHT VERGESSEN!

Appell zu den Koalitionsverhandlungen



In den laufenden Koalitionsverhandlungen werden die Weichen für die Zukunft unseres Landes gestellt. Als Bundesjugendwerk der AWO e.V. setzen wir uns für die Interessen junger Menschen ein und fordern die Koalitionsverhandlungsführenden daher nachdrücklich dazu auf, zentrale jugendpolitische Themen in den Verhandlungen zu berücksichtigen und im Koalitionsvertrag zu verankern.

Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut

Kinderarmut ist eine der drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. In Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen – ein unhaltbarer Zustand. Wir fordern eine armutsfeste Kindergrundsicherung, die allen Kindern und Jugendlichen eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Das erfordert eine Neudefinition des soziokulturellen Existenzminimums. Bildung, Freizeit und soziale Sicherheit dürfen nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein.

Schuldenbremse reformieren – Zukunftsinvestitionen ermöglichen

Wir befinden uns in einer Zeit wirtschaftlicher Herausforderungen und wachsender sozialer Ungleichheit. Deswegen muss der Staat gezielte Investitionen tätigen. Nur so kann er zum Wohle aller die Grundlagen für eine nachhaltige Zukunft schaffen. Statt Sparpolitik braucht es daher vielmehr eine Reform der Schuldenbremse und ein starkes und gerechtes Steuer- und Finanzsystem, das auf demokratische und transparente Weise für gerechte Umverteilung sorgt und durch die Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen das Gemeinwohl stärkt. In unserem Forderungspapier "Gerechter Staat statt Sparpolitik - Für eine gerechtere Zukunft", welches auf unserer Website zu finden ist, haben wir konkrete Maßnahmen festgehalten.

Freiwilligendienste stärken und ausbauen – gegen eine Dienstpflicht

Freiwilligendienste leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur persönlichen Entwicklung junger Menschen. Kürzungen im Bundeshaushalt bedrohen diese wichtigen Programme.

Wir fordern eine ausreichende und langfristige Finanzierung der Freiwilligendienste, die kostenfreie Nutzung des ÖPNV, die Erhöhung des Taschengeldes und die Einführung von Wohnkostenzuschüssen für Freiwilligendienstleistende, um soziale Ungleichheiten in der Teilhabe zu verhindern. Zudem ist eine qualitativ hochwertige pädagogische Begleitung der Freiwilligen essenziell. Dazu gehört eine angemessene personelle Ausstattung der Trägerorganisationen, um Bildungsangebote und individuelle Betreuung sicherzustellen. Nur so kann der Freiwilligendienst seinen vollen gesellschaftlichen und persönlichen Wert entfalten. In diesem Zusammenhang lehnen wir eine allgemeine Dienstpflicht ausdrücklich ab. Statt Zwangslösungen sollte die Bundesregierung vielmehr allen, die einen Freiwilligendienst leisten wollen, einen Rechtsanspruch auf Förderung gewähren.

JUGENDINTERESSEN NICHT VERGESSEN!

Appell zu den Koalitionsverhandlungen



Jugendverbände mit dem Kinder- und Jugendplan (KJP) stärken

Junge Menschen engagieren sich bundesweit ehrenamtlich, freiwillig und selbstorganisiert in Jugendverbänden. Ferienfahrten, Gremienarbeit und Gedenkstättenpädagogik sind nur einige Beispiele für das junge Engagement. Hier zeigt sich: Jugendverbände sind Werkstätten gelebter Demokratie, Lernorte politischer Bildung und Stützen der Zivilgesellschaft.

Der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist das zentrale Förderinstrument für Jugendverbände auf Bundesebene und damit entscheidend für deren Arbeit. Doch die wachsende Inflation und die steigenden Ausgaben, insbesondere für Miete, setzen Jugendverbände immer stärker unter Druck und gefährden ihre Existenz. Die Jugendverbandsarbeit benötigt eine langfristige, dynamisierte, bedarfsgerechte Förderung, um eine starke Kinder- und Jugendpolitik zu gewährleisten und jungen Menschen echte Mitbestimmung zu ermöglichen.

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt in Deutschland seit 1992 – aber sie ist immer noch nicht vollständig umgesetzt. Insbesondere bei Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung werden die Rechte der Kinder und Jugendlichen noch viel zu wenig berücksichtigt. Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist ein bedeutender Schritt zur Stärkung der Rechte und des Schutzes von Kindern. Staat und Eltern richten ihre Entscheidungen stärker am Wohl des Kindes aus. Der Staat ist zudem verpflichtet, für faire Entwicklungschancen und kindgerechte Lebensbedingungen zu sorgen. Das Recht auf Schutz vor Gewalt und Ausbeutung wird gestärkt, was den Kinderschutz verbessert.

Kinder haben ein größeres Mitspracherecht und werden stärker als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten anerkannt, wie es die UN-Kinderrechtskonvention vorsieht.

Junge Menschen haben ein Recht auf echte Mitbestimmung - Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Junge Menschen sind politisch und möchten die Gesellschaft mitgestalten. Jugendliche sind von politischen Entscheidungen langfristig betroffen und sollten daher die Möglichkeit haben, aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken. Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre würde dazu beitragen, die politische Partizipation junger Menschen zu stärken sowie ihre Interessen in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen.

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre fördert die demokratische Teilhabe junger Menschen und unterstützt ihre Rechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention, die in Artikel 12 Absatz 1 das Recht von Kindern und Jugendlichen auf Beteiligung an sie betreffenden Angelegenheiten festschreibt.

JUGENDINTERESSEN NICHT VERGESSEN!

Appell zu den Koalitionsverhandlungen



Wirksamen Klimaschutz sozial gerecht ausgestalten

Die Klimakrise bedroht das gute und schöne Leben heutiger und zukünftiger Generationen. Umso wichtiger ist es, ambitioniert und stetig an der Erreichung der international festgelegten Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels national, europäisch und international zu arbeiten.

Gleichzeitig müssen diese Bemühungen aus mehreren Gründen sozial und gerecht ausgestaltet werden. Wer Klimaschutzmaßnahmen nicht sozial und gerecht ausgestaltet, spielt mit deren Akzeptanz und somit mit der Akzeptanz für Klimaschutz im Generellen. Mehrbelastungen müssen insbesondere in Bezug auf diejenigen abgedeckt werden, die bereits heute unter Armut leiden oder von jener bedroht sind. Ein Klimageld kann hierbei ein Instrument sein. Das langfristige Ziel der sozialen und gerechten Bemühungen in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen sollte jedoch die Befreiung eines jeden Menschen aus fossilen Abhängigkeiten sein.

Wir fordern die Koalitionsverhandlungsführenden dazu auf, die Koalitionsverhandlungen zu nutzen, um eine zukunftsfähige, sozial gerechte und nachhaltige Politik für junge Menschen in Deutschland zu gestalten.

Junge Menschen sind Gegenwart und Zukunft unserer Demokratie – wir dürfen nicht im Stich gelassen werden!